

Gesellschaft der Gäste

Von Philipp Staab und Aaron Sahr

Wenn man über andere spricht, spricht man oft eigentlich über sich selbst. Diese basale Einsicht, zu der wohl jeder reflexive Akteur schon einmal gekommen ist, gilt für die professionellen Gesellschaftsbeobachterinnen und -beobachter womöglich im Besonderen. Wir bestätigen uns auf unseren zweijährlichen Klassentreffen zwar als analytisches Außen der Gesellschaft, doch bleiben wir dabei selbstredend Teil von ihr. Auf dem unter dem Leithema „Geschlossene Gesellschaften“ stehenden Bamberger Soziologiekongress war dieses Phänomen deutlich spürbar: Die Mechanismen und Effekte der Schließung sozialer Zusammenhänge, über die in großer thematischer Varianz allerorts debattiert wurde, prägen ja schließlich nicht nur die (deutsche) Gesellschaft, sondern auch die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS). Pflegt man die Binnenperspektive und damit die Selbstbeobachtung der Zunft, so praktiziert die deutsche Soziologie hinsichtlich ihrer mittleren Kohorten einen Mechanismus der Exklusion durch Inklusion (vgl. Bude/Willisch 2007) – und damit einen in vielen sozialen Zusammenhängen anzutreffenden sozialen Mechanismus von Gesellschaften, die, wie in Bamberg auf ganz unterschiedlichen Veranstaltungen zu lernen war, permanent Öffnung und Schließung austarieren. Wo Zugehörigkeit verhandelt wird und unterschiedliche Interessen im Spiel sind, schlägt die Stunde der Hybridkonstruktionen: Staaten, die Fremde hereinlassen, ihnen aber kein formales Aufenthaltsrecht gewähren; Sozialsysteme, die über die Zuteilung von Bezugsrechten erst Ausgeschlossene produzieren; oder eben Organisationen, die als Selektionsinstanzen einem Großteil ihrer Mitglieder konsequent die Perspektive der eigenen Exkommunizierung vermitteln.

Es ist vielleicht nur konsequent, dass gerade dann, wenn sich die Mitglieder einer solchen Organisation versammeln, effektive Schließungen und Öffnungen starke Erfahrungsevidenz erlangen, dass, im Beispiel der DGS gesprochen, gewissermaßen fühlbar wird, dass der Treibstoff der Inklusionsmaschine Soziologiekongress auch aus systematischen Exklusionsrisiken und -drohungen besteht. So wird beispielsweise die Erwartung, flüchtige, aber nette Bekannschaften vergangener Konferenzen, Workshops oder sogar vergangener Soziologiekongresse aufzufrischen, auf jedem aktuellen Soziologiekongress notwendig dann und wann enttäuscht. Nicht jeder hat eine Anschlussfinanzierung für sein oder ihr Dissertationsprojekt gefunden, die ihm oder ihr eine Reise nach Bamberg ermöglicht hätte. Andere sind beim Sprung vom Promotionsstipendium in die Post-Doc-Beschäftigung im sprichwörtlichen Flaschenhals stecken geblieben – und ebenso werden bis zum nächsten Soziologiekongress weitere an dieser Verengung des Beschäftigungsangebots hängen bleiben. So prägte das Zusammentreffen in Bamberg nicht zuletzt auch wieder die Gewissheit, dass die versammelte Gesellschaft für Soziologie eine ist, deren Zugehörigkeitsstatus – zumindest für den Mittelbau – nur auf Zeit und unter Vorbehalt vergeben wird. Der thematische Rahmen des Soziologiekongresses 2016 errang unter dieser Perspektive eine Deutungsmacht, die jenseits der Gesellschaftsdiagnose den Charakter einer disziplinären Selbtauskunft erhielt.

Vorläufige Beziehungen

Schon der einleitende Vortrag des Vorsitzenden lieferte dabei die Stichworte und Perspektiven, die analytisch wie auch normativ das Raster der Zusammenkunft umrissen. *Stephan Lessenich* rief eine explizit politische Perspektive auf die DGS als einer notorisch vorläufigen und temporären Gesellschaft implizit mit auf, als er mit der Metapher des Gastes eine Brücke zwischen C. Wright Mills und Georg Simmel schlug. Ersterer habe der Soziologie die politische Aufgabe zugewiesen, „personal troubles“ als „public issues“ nachvollziehbar zu machen

(Mills 2016: 30 f). Letzterer sei als Theoretiker des Fremden (1908) der Urahnen einer Soziologie von Öffnung und Schließung, die heute vielleicht aktueller denn je sei. Simmel hat im Fremden bekanntlich jene soziologische Figur ausgemacht, die „heute kommt und morgen bleibt“, statt, wie es von ihm oder ihr eigentlich erwartet würde, als lediglich vorübergehender Gast – oder in Simmels Worten als „Wandernder“ – heute zu kommen und morgen wieder zu gehen. Der Fremde ist der Gast, der im Auge der Gastgeber das Gastrecht womöglich überstrapaziert. Als relativer Außenseiter bleibt er, obwohl er den Etablierten weiterhin als Anderer ihrer selbst erscheint.

Man kann diesen Gedanken auf zweierlei Weise herrschaftskritisch wenden. Die erste Version führte *Lessenich* in seinem Vortrag selbst vor: Mit Bezug auf den Geflüchteten als zeitdiagnostisch symptomatische Verkörperung des Fremden entwarf er eine Theorie des Rechtspopulismus vor dem Hintergrund der Aktivgesellschaft. Der Geflüchtete sei das Proto-Aktivsubjekt. Er halte der arrivierten Wohlstandsbevölkerung, die von jeher in den Verteilungskämpfen der Weltgesellschaft am längeren Hebel sitze, den Spiegel vor, verkörpere jene Kraft zur Initiative, die das historische Überlegenheitsgefühl der traditionellen Gewinner der „Externalisierungsgesellschaft“ (Lessenich 2016) als Überheblichkeit vor dem Hintergrund historisch gewachsener Machtverhältnisse (ganz im Sinne von Mills) entblöße. Der Hass auf den Fremden sei daher ein Hass auf das Andere der Aktivgesellschaft.

Eine zweite Wendung dieses Gedankens, besteht freilich in der Analyse der potentiell subversiven Praxis des Fremdseins. Wer kommt, um zu bleiben, und bereit ist, gegebenenfalls das ihm gewährte Gastrecht zu strapazieren, der vollzieht im Sinne Mills auch einen politischen Akt, der, nicht notwendig intendiert, private Nöte zu öffentlichen Angelegenheiten macht – nicht zufällig beschäftigt die Öffentlichkeit im Frühjahr 2017 insbesondere das Vollzugsdefizit in der Abschiebepraxis, also die Frage, ob hier Gäste ihr Bleiberecht strapazieren oder Gastgeber ihre Fürsorgepflicht verletzen. Allgemeiner ließe sich sagen: Der Fremde der Gegenwart stellt durch seine Renitenz den Etablierten die Inklusionsfrage, er holt sie aus der Komfortzone, indem er sich weigert, „morgen wieder zu gehen“. Hier läge entsprechend auch ein Ausgangspunkt einer politischen Praxis des Mittelbaus, der die Mehrheit der DGS stellt, ohne dabei verlässlich prognostizieren zu können, wie lange ihm dieser Gaststatus noch gewährt sein wird.

Der Mittelbau als Demos?

Eine Politisierung des Mittelbaus hängt freilich davon ab, ob die Logik einer Individualisierung der „personal troubles“ gebrochen werden kann. Hier stößt man auf den interessanten Umstand, dass die Exklusionsmechanismen des akademischen Kosmos wohl zu Recht als innerdisziplinäre „public issues“ gedeutet werden dürfen. Wir alle wissen schließlich, wie der Arbeitsmarkt unserer Zukunft funktioniert. Was dagegen traditionell eher schwach ausgebildet scheint, ist ein Aktivismus der politischen Selbstorganisation rund um diese „public issue“. Zur Annäherung an diesen Umstand liefert die politische Philosophie wichtige Stichworte. Dem Fremden als potentiell politischer Figur ist die grundsätzliche Ambivalenz demokratischer Vergesellschaftung womöglich in besonderer Dramatik eingeschrieben. Allgemein gilt, dass der sich selbst regierende, einen als gemein geltenden Willen artikulierende und (zumindest für einen Moment) mit einer Stimme sprechende Demos kein in der Welt vorzufindendes Ding ist, sondern es Prozesse der situativen politischen Kollektivierung bedarf, damit öffentliche Angelegenheiten im Sinne der Betroffenen politisch handlungsrelevant werden. Der Demos der Fremden – also der Gäste, die sich weigern zu gehen – müsste sich freilich nicht nur performativ erfinden und temporär kollektivieren. Bei der hierzu notwendigen Überwindung der Fremdheit seiner zuvor eben (noch) nicht zusammengehörigen Mitglieder, müsste er zudem von der Tatsache abstrahieren, dass seine fundamentale Fremdheit, welche durch das ihm temporär gewährte Gastrecht ja keineswegs getilgt wird, sein systematisches Definitionskriterium ist.

Ein Kollektiv der Fremden kann es insofern nur geben, wenn diese den eigenen Gaststatus negieren und sich stattdessen als vollwertige, d.h. mitgestaltungswillige Mitglieder der (deutschen) Gesellschaft (für Soziologie) setzen. Dem steht freilich zusätzlich der Umstand im Wege, dass die Herrschaftsinstanz, welche dem Demos der politischen Fremden den Übertritt vom geduldeten Gast zum Vollmitglied verwehrt, in der akademischen Soziologie nicht weniger schwer auffindbar ist als der Demos selbst. Natürlich profitiert die Professorenschaft, was ihre Herrschaftsinteressen angeht, strukturell von einem durch Prekarität gefügig gemachten Mittelbau. Doch als Expertinnen und Experten nicht intenderierter Effekte würden wohl nur wenige Soziologinnen und Soziologen in der Professorenschaft deswegen den eigentlichen Feind sehen. Die Alltagserfahrung findet hier doch viel häufiger Verbündete im Geiste, denen die unangenehmen Seiten des akademischen Arbeitsmarktes aus persönlicher Erfahrung nicht weniger vertraut sind als dem Mittelbau selbst.

Gäste, die sich fremd bleiben

Wie es sich mit den Graduierungen zwischen Fremdheits- und Gaststatus tatsächlich verhält, lehrte in Bamberg (wie auch sonst immer) der Blick in die Empirie: Die zur Prüfung der soeben formulierten theoretischen Annahmen sicher interessanteste Veranstaltung des Bamberger Soziologiekongresses, war entsprechend die politische Wortmeldung des Mittelbaus selbst. Auf Einladung der Initiative „Für Gute Arbeit in der Wissenschaft“ trafen sich Soziologinnen und Soziologen am Dienstagabend des Soziologiekongresses im Audimax der Universität Bamberg, um sich des Status der Füreinander-Fremden zu entledigen und zu einem politischen Kollektiv zu werden. Evident scheinen die Gründe für dieses Vorhaben. Nicht nur hat der Mittelbau mit dem Spur Richtung Flaschenhals zu kämpfen, er stellt dabei auch die große Mehrheit der Mitglieder der DGS, ist aber in den Führungsgremien kaum vertreten. Der Einladung voran ging ein offener Brief der Initiative, der die DGS aufforderte, die prekären Beschäftigungsverhältnisse der soziologischen Mehrheit – befristete Verträge, persönliche Abhängigkeiten, diffuse Verstetigungsoptionen etc. – mehr als bisher zu ihrer Agenda zu machen. Für die bevorstehende Neuwahl der Führungsetage wurde nun vom Vorsitzenden Lessenich die Einladung ausgesprochen, VertreterInnen besagten Kollektivs-to-be aufzunehmen, sie von bloßen (Zaun-)Gästen zu Nicht-Anderen zu befördern. Die Initiatoren leitete somit die nachvollziehbare Hoffnung, die Mehrheit der Gesellschaft (der Mittelbau) würde die kleine Hürde gemeinsamer Willensbildung nehmen und noch am Abend Delegierte bestimmen, die fortan mit dem geeinten Willen der Mehrheit im Rücken auftreten und Veränderungen anschieben könnten.

Von der Versammlung bleiben vor allem drei Dinge in Erinnerung: *Erstens* fiel das geringe Interesse auf. Das dunkel gehaltene Audimax der Bamberger Universität füllte sich vielleicht zur Hälfte. Nach einer kurzen und defensiven Einführung der einladenden Initiative, bei der es vor allem um eine vorausseilende Selbstdistanzierung von jedem Herrschaftsanspruch ging, begann die Versammlung *zweitens* die Prekarität einer jeden demokratischen Selbstkonstitution zu problematisieren, ihre performative Überwindung (um die es programmatisch gehen sollte) wurde allerdings aufgeschoben. Schon in den ersten Nachfragen wurde die fehlende Identität der Anwesenden deutlich, wurde hier doch eine Verständigung über die Bedeutung des Begriffs ‚Mittelbau‘ einerseits und über die Repräsentation eventuell abwesender Exemplare dieser Kategorie eingefordert. Man könne keinen Repräsentanten wählen, sich also als politisches Kollektiv konstituieren, bevor nicht geklärt sei, wer zur repräsentierenden Grundgesamtheit gehöre – und man diese Grundgesamtheit dann in den Entscheidungsprozess eingebunden hätte, etwa jene DoktorandInnen, die sich die Reise nach Bamberg nicht hätten leisten können. Deswegen sei auch vorgängig zu klären, ob sich der Begriff ‚Mittelbau‘ auf Beschäftigungsverhältnisse beziehe – oder eher auf das Bekenntnis, zum System Soziologie gehören zu wollen. Schließlich seien doch nicht, so ein energisch vorgetragener Wortbeitrag,

die abwesenden Prekären der Soziologie vom Willensbildungsprozess des Mittelbau-Volkes ausgeschlossen, sondern diejenigen, die gerne SoziologInnen geworden wären, aber gar keine Beschäftigung im System gefunden hätten oder womöglich an qualifikatorischen Hürden gescheitert seien. Allgemein war zustimmendes Nicken zu beobachten und damit zweitens zumindest eine grundsätzliche Bereitschaft durch Abstraktion von Unterschieden *Identität* herzustellen.

Womöglich war allerdings in dieser Geste bereits das Scheitern der Selbstkollektivierung angelegt, insofern nicht nur ein Repräsentationsanspruch der Versammlung für die Interessen des Mittelbaus offenbar nicht konsensfähig war, sondern zudem auch keine Einigung über die Gruppengrenzen erzielt wurde. Dem Versuch, aus Zeitgründen trotz des fehlenden Konsenses über die eigenen Inklusions- und Exklusionsstrukturen, Vertreter zu wählen, die man in die Entscheidungsorgane der DGS entsenden wollte, begegnete der Saal vor allem mit Bedenken. Die vorgesehenen ein oder zwei Delegierten, die den Mittelbau in der Führungsetage repräsentieren sollten, könnten die Diversität des Demos niemals widerspiegeln. Der Vorschlag etwa, stellvertretend für das Gender-Asterisk zumindest eine dritte Person zu nominieren, geisterte durch den Raum, verhallte aber in dem Dilemma, dafür ad hoc nur binär kodierte Gender zur Verfügung zu haben. Der Hinweis, SoziologInnen mit Migrationshintergrund blieben dabei sowieso auf der Strecke, wurde zwar erneut von zustimmendem Nicken begleitet, bei einer Lösung blieb man aber ratlos.

Somit ist es wenig verwunderlich, dass dieses Feuerwerk der Skepsis schließlich wieder beim Fundamentalproblem landete: Ein Demos, das sind Fremde, die sich entscheiden, ihre Fremdheit wechselseitig zu negieren, und dadurch zu einem handlungsfähigen Kollektiv werden. Der Gaststatus des Mittelbaus hätte hier womöglich – entgegen der benannten theoretischen Intuition – als mögliches Vehikel sozialer Bindung funktionieren können. Der Mittelbau als Gesellschaft der Fremden, deren Mitglieder Zugehörigkeit einklagen – womöglich hätte man sich darauf einigen können. Stattdessen, machte man sich noch fremder als man als faktische Gäste eigentlich ist, indem zeitgleich die Grenzen legitimer Zugehörigkeit erweitert und eine radikale Identität der entgrenzten Gruppe eingefordert wurde. Diesem Widerspruch entkam die Versammlung der Gäste nicht. Die Bedenken, sich ohne radikale Identität miteinander zu kollektivieren, wurden schließlich gar in einem Wortbeitrag gebündelt, der sinngemäß lautete: „Wie soll ich euch wählen? Ich kenne euch doch gar nicht“.

Das geringe Interesse und der Widerstand, sich auf eine auch nur vorläufige und verhandelbare Identität zu verständigen, lassen sich womöglich auf den dritten Eindruck beziehen, der von diesem Abend im Gedächtnis bleibt. Immer mal wieder fühlten sich Kolleginnen und Kollegen im Saal zwischendurch genötigt, pazifizierend zu intervenieren. In der Forderung der Initiative, so der Tenor mehrerer Wortbeiträge, schwinge doch eine gewisse Konfliktnaration mit, die (festangestellte) ProfessorInnen und (prekär beschäftigte) Mittelbaumitglieder in antagonistischen Klassenlagen verorten würde. Das sei sofort zu unterbinden, die meisten ProfessorInnen seien ebenfalls enthusiastische Kritiker der Mittelbauprekarität, vorbildliche Vorgesetzte und alles in allem sehr nett. Auch sei schließlich die DGS der falsche Adressat für diese Kritik, Mitbestimmung in ihren Gremien deswegen ein unnötiger Schritt, der schlimmstenfalls das gute Klima zwischen Mittel- und Überbau trüben würde. Der Gast, gerade wenn er bleiben will, kann eben schlecht den Herbergsvater attackieren.

Alles in allem kann die Autokonstitution des Mittelbaus als politisches Kollektiv als vorläufig gescheitert betrachtet werden. Ein sich selbst regierender, handlungsfähiger Demos muss in seinem Gründungsakt das Fürsichanderssein seiner Mitglieder überwinden, um zumindest für den Augenblick ein repräsentations- bzw. entscheidungsfähiges Ganzes zu werden. Die Vertreter des versammelten Mittelbaus haben sich, für den Moment, dagegen entschieden. Der zum Teil radikal vorgetragene Wunsch nach der Konstitution einer eigenen politischen

Identität scheiterte zum einen am Willen, Exklusionsängsten mit einer eigenständigen exklusiven Gruppenpolitik zu begegnen, und zum anderen an der Unauffindbarkeit einer politischen Appellationsinstanz, bei der man das Recht auf Zugehörigkeit hätte einklagen können. Den Willen, als Fremde identisch zu sein, überlagerte der Wunsch, in die Identität der Hausherren absorbiert zu werden. Insofern ist der Gesellschaft der Gäste in der DGS womöglich doch systematisch das Problem eingeschrieben, dass sich die Gäste stets auf den Gastgeber orientieren, nicht aufeinander. So bleiben wir für einander einstweilen Wanderer, die sich hoffentlich in zwei Jahren wieder treffen.

Literatur

- Bude, Heinz/ Willisch, Andreas (2007): Exklusion: Die Debatte über die »Überflüssigen«, Frankfurt a.M.
- Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin.
- Mills, Charles Wright (2016). Soziologische Phantasie, Wiesbaden.
- Simmel, Georg (1908): Exkurs über den Fremden, in: Ders.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin.

Dr. Philipp Staab
Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit
Jakobstraße 149
10969 Berlin
staab@igza.org

Dr. Aaron Sahr
Hamburger Institut für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
aaron.sahr@his-online.de

